

Basta!

Nr. 1/ März 2002

Basels starke Alternative

Reichtum in der Schweiz

Gesellschaft

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Wer die soziale Ungleichheit erklären und beheben will, muss sich auch mit dem Reichtum befassen. In der Schweiz steht die Reichtumsforschung in den Anfängen. Was interessiert, sind differenzierte Angaben über das Ausmass, die Verteilung und die Funktion des Reichtums.



In der Schweiz verfügen 3 Prozent der privaten Steuerpflichtigen über gleichviel steuerbares Nettovermögen wie die übrigen 97 Prozent. 374 Mrd. Franken besitzen die 300 Reichsten.

83 von ihnen sind Milliardäre. Die 100 Reichsten besaßen 1989 etwa 68 Mrd. Franken, 1999 bereits 316 Mrd. Franken. Die Steigerung betrug 350%. 18 Frauen sind unter den 300 Reichsten vertreten, an erster Stelle die 14-jährige Athina Onassis. Während den letzten zehn Jahren stieg das Bruttoinlandprodukt von dreihundert auf vierhundert Milliarden Franken. Die Vermögen der 100 Reichsten verdoppelten sich im selben Zeitraum.

Die Reichen profitieren von der Zunahme der Wertschöpfung und von der Umverteilung. In Basel-Stadt verfügen 0,58 Prozent der privaten Steuerpflichtigen über gleichviel steuerbares Nettovermögen wie der grosse Rest bzw. die übrigen 99,42 Prozent. Während den neunziger Jahren stagnierten die Durchschnittslöhne bei

knapp 50'000 Franken. Die durchschnittlichen Vermögen verdoppelten sich im selben Zeitraum auf 200'000 Franken. Drei Viertel der baselstädtischen Steuerpflichtigen haben gar kein Nettovermögen, 40 Prozent kein Reinvermögen (CH: 30 Prozent). Soweit ein paar Angaben aus unserer Vorstudie „Reichtum in der Schweiz“.¹ Elisa Streuli und ich haben sie für das Basler Institut für Sozialforschung und Sozialplanung (basis) der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel erarbeitet.

Reiche und Reiche

Im Rahmen der erwähnten Arbeit haben wir, nebst der statistischen Analyse, mit dreissig Reichen vertiefende Gespräche geführt. Bei der Auswahl sind wir zunächst von den dreihundert Reichsten (Bilanz 12/

00) ausgegangen. In Anlehnung an Soziologe René Levy gliederten wir die Reichen in vier Gruppen. Zur ersten gehören Angehörige aus Familien der ehemaligen Aristokraten

und Patrizier. Zur zweiten zählen Angehörige aus Familien, die mit der Industrialisierung reich geworden sind. Die dritte Gruppe ist mit dem wirtschaftlichen Auf-

schwung der Nachkriegszeit in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden; die vierte umfasst Softwaremillionäre, die von den Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie profitieren. Hinzu kommen Spitzenmanager/innen und Unternehmer/innen im Finanzsektor, die ihr Kapital mit dem Börsenboom der 90er-Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts vermehren konnten. Wir haben bei der Auswahl der Gesprächspartner/innen darauf geachtet, von jeder Gruppe mit mindestens drei Personen reden zu können. Was ist dabei herausgekommen?

Nun, es gibt Reiche und Reiche. Stolz Reiche, die machtbewusst mit ihrem Einfluss protzen, und verschämte Reiche, die ihren Reichtum verstecken; es gibt grosszügige Reiche und knauserige Reiche, weitsichtige und kurzsichtige. Weitere Extreme liessen sich beliebig aufzählen. Und viele Typen dazwischen, Mischformen. Aber gibt es, bei allen Unterschieden, auch Ähnlichkeiten, vielleicht sogar Gemeinsamkeiten? Wir stellen, auf unsere Recherchen und Gespräche abgestützt, folgende Vermutungen auf: Reiche Menschen sind mit einem besonderen Selbstverständnis und mit viel Selbstvertrauen ausgestattet. Sie haben teilweise auf Grund der materiellen Ressourcen, über die sie verfügen - das Gefühl, aussergewöhnliche Fähigkeiten zu haben. Reiche Menschen geraten auch immer wieder in Situationen, die folgenschwere Entscheidungen erfordern und Krisen auslösen können. Dies hängt nicht nur mit der Verwaltung des Reichtums und der beruflichen Position zusammen, sondern auch mit

Fortsetzung Seite 2

In Basel-Stadt verfügen 0,58 Prozent der privaten Steuerpflichtigen über gleichviel steuerbares Nettovermögen wie der grosse Rest

Reichtum (Fortsetzung)

der persönlichen Tendenz, offensive Strategien zu wählen, die eher konfliktiv sind. Reiche Menschen stellen sich, auch wenn sie noch so sehr nach weiterem Reichtum trachten, öfters die Frage nach dem Sinn des Lebens. Gerade weil sie scheinbar fast alles haben (können), erhält diese Frage ein besonderes Gewicht. Die einen gehen damit philosophisch distanziert um. Sie lieben es, im trauten Kreis darüber zu diskutieren. Andere leiden darunter, depressiv verstimmt. Hinzu kommen die christlich motivierten. Sie wissen, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt.

Kinder von Reichen fühlen sich oft recht einsam. Die einen wachsen auf einer schönen Insel auf, auf der sie aber nicht zeitlebens verweilen können; andere erleben schon früh turbulente Stürme, die tendenziell Mechanismen der Abschottung fördern. Bezüglich vieler Lebensfragen sind Reiche eher aufgeschlossen. Ihre Lebensentwürfe beinhalten ein paar Konstanten, die sie gerne hochhalten; so etwa die gute Ausbildung. Die konservative Aufgeschlossenheit bezieht sich speziell auf ökologische Fragen, auf die Erhaltung der Umwelt. Viele Reiche sind kulturell interessiert und engagiert. Alte Reiche fördern eher traditionelle Einrichtungen wie das klassische Theater. Neue Reiche unterstützen gerne avantgardistische Projekte. Die soziale Frage liegt gewiss vielen Reichen am Herzen. Es darf nicht sein, dass Menschen unverschuldet an Mangel leiden. Abhilfe ist bitter nötig. Der Reichtum verpflichtet, dazu beizutragen. Dies möglichst freiwillig. Weitere staatlich verordnete Massnahmen der Umverteilung werden abgelehnt. Was die Haltung in wirtschaftlichen Fragen betrifft, sind Reiche eher wertkonservativ. Dass viele von ihnen gerne in neue Technologien investieren, spricht nicht dagegen. Bei Reichen überwiegt der Eindruck, dass sich die Vermehrung des Reichtums überwiegend persönlichen Fähigkeiten zuschreiben lässt. Sie attestieren auch Personen eine geschickte Hand, die viel geerbt haben. Wer reich ist, scheint daran ein persönliches Verdienst zu haben. Reiche Menschen verbindet - bei allen Unterschieden - auch eine innere Verwandtschaft. Sie erkennen sich gegenseitig am Habitus und den feinen Unterschieden.

Soziale Klassen und Milieus

Solange es Reiche gibt, ist deren Mäzenatentum gut und recht, je nachdem sogar förderlich. Das Geld mag da und dort dazu beitragen, soziale Probleme zu mildern. Viel wichtiger sind jedoch strukturelle Massnahmen, die den sozialen Ausgleich fördern. Wenn Kapitalgewinne besteuert werden, hat die öffentliche Hand mehr Mittel, um die soziale Sicherung zu finanzieren. Was einmal als Grundproblem kapitalistischer Gesellschaften diskutiert wurde, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, wird heute selten thematisiert. Michael Scheffczyk (NZZ, 3.12.01) stellt eine Entpolitisierung der Frage fest, nach welchen Regeln gesellschaftlicher Reichtum zu verteilen sei. Auch die Vergesellschaftung des privat Angeeigneten in Gestalt von Schenkungen, wie sie etwa Ted Turner propagiert, der den Vereinten Nationen eine Milliarde gespendet hat, lässt die Eigentumsordnung und den Marktprozess wie sie sind. „Allein der sanfte Zwang von öffentlicher Meinung und ‚plutokratischem‘ Gewissen soll einen Rückstrom von Vermögensmasse in die Allgemeinheit bewirken.“

Die Klassenmodelle des 19. Jahrhunderts unterschieden die Werktätigen vom

Bürgertum nach dem Kriterium der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Schichten und Klassen (von Theodor Geiger u.a.) definierten ab den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts Menschen(gruppen) etwas differenzierter nach ihren äusseren Lebensbedingungen (Beruf, Qualifikationen, Einkommen, Besitz) sowie nach inneren psychischen Merkmalen. Der Blick galt dabei nach wie vor den vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich während den 80er Jahren des 20.

Jahrhunderts mit den Modellen sozialer Lagen, die - nebst materiellen Ressourcen - das subjektive Wohl (Lebenszufriedenheit) stärker einbezogen. Die horizontalen Ungleichheiten stehen auch bei den Modellen sozialer Milieus im Vordergrund, die sich während den 90er Jahren verbreiteten. Mit sozialen Milieus sind Menschen gemeint, die sich in der Lebensauffassung und Lebensweise ähneln und quasi subkulturelle Einheiten innerhalb der Gesellschaft bilden. Grosse Bedeutung kommen hierbei der gemeinsamen Wertorientierung und dem Lebensstil zu. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin. Sie scheinen - trotz grosser sozialer Ungleichheit - die Klassen- und Schichtmodelle zu verdrängen. „Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus“ - heisst der Untertitel einer Analyse von Stefan Hradil.

Diesen Gegensatz bringen auch die unterschiedlichen Modelle von Gerhard Schulze und Pierre Bourdieu zum Ausdruck. Schulze kommt in seinem 1992 veröffentlichten Buch über „Die Erlebnisgesellschaft“ (Frankfurt 1992) zum Schluss, dass die Suche nach Glück die Sorge um das materielle Überleben abgelöst hat und die horizontal strukturierten Erlebnismilieus eine immer grössere Bedeutung erlangen. Das erlebnisorientierte Denken löst laut Schulze das produktorientierte ab. Beim erlebnisorientierten geht es mehr um den subjektiven Nutzen, beim produktorientierten um den materiellen. Der Hobbygärtner löst mit seinem Ziergarten die Bäuerin mit ihren Kartoffeln ab. Dem Reich der Notwendigkeit folgt das Reich der Freiheit, der Leistungsorientierung die Personenorientierung, dem Haben das Sein. Der Alltag wird zur Lebensbühne und zur Verlängerung der Innenwelt. Symbolwelten scheinen frei wählbar. Gesellschaft verkommt zur Episode.

Neben der horizontalen Sichtweise bleibt meines Erachtens die vertikale Analyse zentral. Laut Pierre Bourdieu (Das Elend der Welt. Konstanz 1997) prägen die äusseren Faktoren die Denk- und Handlungsmuster bzw. den Habitus eines

Fortsetzung Seite 3

Wenn der Direktor die selben
Jeans trägt wie der Arbeiter, ist
das nicht das selbe.



Reichtum (Fortsetzung)

Menschen. Es gibt nach wie vor soziale Klassen. Doch diese sind nicht bloss ökonomisch geprägt. Es gibt auch feine Unterschiede, die sich über Titel, Kleidung, Sprache, Manieren und den Geschmack äussern. Der Lebensstil ist also nicht frei wählbar oder beliebig. Er folgt vielmehr dem sozialen Rang. Die feinen Unterschiede äussern sich darin, wie man(n) grilliert oder frau den Hauseingang schmückt. Bourdieu orientiert sich an der Marx'schen Tradition, nach welcher das Sein auch das Bewusstsein beeinflusst. Schulze hält sich mehr an Ulrich Beck, der die selbstreflexive Moderne u.a. dadurch kennzeichnet, dass das Bewusstsein das Sein prägt.

Verteilung als soziale Frage

Wenn der Direktor die selben Jeans trägt wie der Arbeiter, ist das nicht das selbe. Der Direktor kann auch den Liftboy am Arm fassen und fragen, wie es ihm geht. Umgekehrt ist das kaum möglich. Falls es da und dort geschieht, sind damit die sozialen Unterschiede keineswegs ausgeräumt. Das gilt auch für das Verhalten der Reichen. Selbst wenn sich, über positive Beispiele stimuliert, eine überaus grosszügige Spendefreudigkeit verbreiten liesse, ändert das wenig an den Mechanismen, welche die soziale Ungleichheit täglich neu erzeugen.

Persönliche Haltungen und Kompetenzen sind gewiss wichtig. Sie brauchen aber eine gesellschaftliche Abstützung. Ein erfreulicher Ansatz ist das Netzwerk für sozial verantwortliche Wirtschaft. Der Sozial- und Wirtschaftspsychologe Mario von Cranach hat mit andern Persönlichkeiten zusammen „Zielsetzungen“ (2001) formuliert. Wirtschaftliches Handeln muss die sozialen Folgen einbeziehen. So lautet das Hauptanliegen. Wer möchte da widersprechen! Aber wie kommt es dazu? Wichtig sind politische Vereinbarungen - über die Verteilung der Arbeit, die Anhebung der unteren Löhne und die Ausweitung der Grundsicherung. Die Existenzsicherung darf nicht von beliebigem Goodwill abhängen. Der soziale Ausgleich verlangt eine gesellschaftliche Verbindlichkeit, die auch den Reichtum gerechter verteilt; am besten bevor er von Einzelnen angehäuft wird.

Ueli Mäder

¹ Ueli Mäder, Elisa Streuli, *Reichtum in der Schweiz. Fakten, Porträts, Hintergründe. Rotpunktverlag, Zürich 2002 (224 S., Fr. 36.-). Ab sofort in den Buchhandlungen erhältlich.*

Die Fraktion Bündnis hat sich in letzter Zeit intensiv mit dem neuen parlamentarischen Instrument "Planungsauftrag" auseinandergesetzt. Die Fraktion ist entschlossen, dieses Instrument zu nutzen, um ihren Anliegen im Grossen Rat Nachdruck zu verschaffen.

Der Planungsauftrag ist ein neues parlamentarisches Instrument, das im Hinblick auf die Einführung von New Public Management (NPM) geschaffen wurde. Für sich genommen stellt dieses Instrument eine Erweiterung der parlamentarischen Einflussnahme dar, im Gegensatz zu NPM als Ganzem. Um die Möglichkeiten des neuen Instruments auszuloten, hat die Fraktion Bündnis gleich zehn Planungsaufträge eingereicht, die in der Februarsitzung des Grossen Rats behandelt worden sind. Sie betreffen unterschiedliche Politikbereiche wie Wohnbauförderung, Kultur, Bildungswesen, Sicherheitspolitik, Jugendarbeit, Gleichstellung von Mann und Frau, öffentlicher Verkehr, Ökologie, New Public Management und Entlohnung von Staatsangestellten. Vier der vom Bündnis eingereichten Planungsaufträge wurden vom Rat überwiesen. Der Regierungsrat muss nun innert dreier Monate zu den Anliegen Stellung beziehen. Danach entscheidet nochmals der Rat, wie das betreffende Anliegen in den nächsten Politikplan einzubeziehen sei.

Im Einzelnen handelt es sich um folgenden Anliegen:

- Im Hinblick auf die Wohnbauförderung wird der Regierungsrat aufgefordert abzuklären, inwieweit sich das Areal Schällemätteli für Wohnungen eignet. (Wurde zurückgezogen, da in der aktuellen Planung bereits vorgesehen)
- In die Leistungsvereinbarung mit der Universität will die Fraktion Garantien einbauen, dass im Bereich "Life Sciences" nicht einseitig nur die molekular und biotechnologisch ausgerichteten Disziplinen gefördert werden. (vom Rat abgelehnt)
- Im Bereich Kulturförderung wird die Erarbeitung eines Konzeptes für eine gesamtstädtische Jugendkultur ange-regt. (abgelehnt)
- Ein weiterer Planungsauftrag fordert ein Gesamtkonzept für Kinder- und Jugendarbeit. (überwiesen)
- Damit die Debatte über die Arbeit und den Nutzen des Gleichstellungsbüros auf der Grundlage von Fakten geführt werden kann, fordert die Fraktion eine

seriöse Evaluation und Erfolgskontrolle. (überwiesen)

- Um rassistischen Übergriffen gegen ausländische oder vermeintlich ausländische Personen durch die Basler Polizei vorzubeugen und einen respektvollen Umgang der Polizei mit der ausländischen Bevölkerung zu fördern, regt die Fraktion die Institutionalisierung eines Runden Tisches an und fordert Massnahmen in den Bereichen Schulung, Führungsstrukturen, Kontrollinstrumente und Dienstanweisungen. (abgelehnt)
- Im Bereich öffentlicher Verkehr soll der Modernisierung und dem Ausbau internationaler Bahnstrecken, die Basel mit den europäischen Zentren verbinden, grösseres Gewicht beigemessen werden. (überwiesen)
- Im Hinblick auf die Ausweitung der Verwaltungsführung nach New Public Management-Grundsätzen regt die Fraktion an, es sei vorgängig eine verwaltungs- und projektunabhängige, umfassende und sorgfältige Evaluation der Ergebnisse der PuMa-Dienststellen durchzuführen. (abgelehnt)
- Bei der Erstellung und dem Unterhalt staatlicher Liegenschaften sollen ökologische Kriterien gebührend berücksichtigt werden. (überwiesen)
- Und schliesslich soll der Kanton sicherstellen, dass sämtliche Löhne, die aus öffentlichen Geldern finanziert werden, der Mindestanforderung von Fr. 3'500.— brutto für eine 100%-Anstellung entsprechen. (abgelehnt)

Martin Flückiger

manchmal aktuell - immer
sehenswert:

www.basta-bs.ch

Eine andere Welt ist möglich

Porto Alegre

Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik hat die weltweiten Probleme nicht gelöst sondern verschärft. Mit dieser These beschäftigte sich anfangs Februar das 2. Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre, Brasilien. **Hans Schäppi**, Mitglied der Delegation von Schweizer GewerkschafterInnen, berichtet über die Ergebnisse, in die auch Besuche bei der sich gegen Staudammprojekte wehrenden Bauernbewegung und Kontakte mit der argentinischen Gewerkschaftsbewegung einfließen.



Der gemeinsame Nenner der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der NGO's, welche am WSF teilgenommen haben, ist die Ablehnung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im Gegensatz zu den traditionellen haben die erneuerten Gewerkschaften (z.B. der CUT in Brasilien oder der CTA in Argentinien) sich vermehrt gegenüber Arbeitslosen, Jugendlichen, Pensionierten, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen oder Kleinbauern geöffnet. Mit einer solchen Öffnung kann sich die Diskussion mit andern sozialen Bewegungen auf die inhaltlichen Fragen und die Bildung breiter Allianzen konzentrieren. Die traditionellen Gewerkschaften hingegen sind oft mit dem Staatsapparat verhängt und damit auch in die Korruption mit einbezogen.

Wir besuchten während dem WSF verschiedene Vorträge und Workshops zum Thema Welthandel und WTO. Aufgrund des Gehörten und unserer Diskussionen können wir folgendes festhalten:

Die Auswirkungen des WTO-Abkommens über die Landwirtschaft von 1994 auf die Länder des Südens werden bei uns unterschätzt. Auffallend ist die asymmetrische Struktur dieser Abkommen: Die USA, Japan und Europa haben sich weiterhin die Möglichkeit gesichert, ihre Landwirtschaft zu schützen, während von den Ländern der 3. Welt eine völlige Liberalisierung verlangt wird. Im Süden lebt die Hälfte der Weltbevölkerung, ca. 3 Milliarden Menschen, vom lokalen Erwerb als Kleinbauernfamilien. Deren Existenz ist durch die völlige Liberalisierung akut bedroht.

Standortwettbewerb steht im Gegensatz zur Solidarität

Die Gespräche in Porto Alegre haben ein Weiteres verdeutlicht: Wo gewerkschaftlicher Internationalismus fehlt, geraten Standortwettbewerb und Solidarität mit den Ländern des Südens in schwerwiegenden Widerspruch. Sozialklauseln gegen Lohndumping, wie sie angesichts der Auslagerung energieintensiver Produktionszweige in den Süden von der europäischen Gewerkschaftsbewegung zur Absicherung des hiesigen Lebensstandards gefordert

werden, sind ein zweischneidiges Schwert, wenn sie nicht mit Konzepten zur Förderung der Entwicklungsmöglichkeiten der Länder der 3. Welt verknüpft werden. Standortwettbewerb und Konkurrenzmacht des Nordens zerstören die Wirtschaften des Südens. Die Chance, diesen Umstand auch bei uns zu vermitteln, ist allerdings gestiegen angesichts der Tatsache, dass trotz der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit weder die Lohntüten dicker, noch die Arbeitsplätze sicherer geworden sind.

Einschätzung der Antiglobalisierungsbewegung

Die „neuen“ sozialen Bewegungen unterscheiden sich von den „traditionellen“ gesellschaftlichen Bewegungen. Traditionelle Bewegungen sind auf Machteroberung und Machterhaltung ausgerichtet, entwickeln entsprechende Strukturen und verschieben die Gesellschaftsveränderung auf den „Tag danach“, wenn nicht auf den St.Nimmerleinstag. Das Problem traditioneller gesellschaftlicher Bewegungen ist

die Tatsache, dass die Macht nicht allein an einem Ort, an der Staatsspitze, konzentriert, sondern in alle gesellschaftlichen Strukturen eingelassen ist. Die Macht kann deshalb nicht einfach erobert werden, sondern Gegenmacht muss in allen gesellschaftlichen Strukturen aufgebaut und entwickelt werden. Ziel der neuen sozialen Bewegungen ist deshalb nicht die Eroberung der Macht, sondern der Aufbau einer gesellschaftlich breit abgestützten Gegenmacht zum Neoliberalismus.

Wichtige Merkmale der neuen Bewegungen sind ihr offener, unbürokratischer und demokratischer Aufbau, die konsequente Ablehnung jedes Autoritarismus und die damit zusammenhängende thematische Breite. Gegenüber traditionellen Organisationen will sich die Bewegung eine Unabhängigkeit bewahren - nicht zuletzt deshalb, weil traditionell strukturierte Organisationen immer auch die Gefahr der Spaltung und der Aufspaltung mit sich bringen. Es ist nicht nur wichtig, über Gemeinsamkeiten nachzudenken,

Fortsetzung nächste Seite

Besuch bei der "Bewegung der von Staudamm Betroffenen" (MAB)

Nach der Erdölkrise von 1973 begannen Multis, energieintensive Produktionsstätten nach Brasilien zu verlagern, das sich mit seiner Militärdiktatur als Standort mit tiefen Löhnen und billiger Energie empfahl. In diesem Zusammenhang wurden auch die ersten Staudammprojekte unter der Aegide des internationalen und nationalen Kapitals projektiert. Wie andere soziale Bewegungen in Brasilien entstand das MAB Ende der siebziger Jahre, als die Militärdiktatur Schwächen zeigte. Kleinbauern, die von einem grossen Staudammprojekt (ITA) im Süden Brasiliens an der Grenze zu Uruguay betroffen waren, begannen sich zu organisieren und führten Widerstandsaktionen durch. 1986 gelang es dem MAB einen ersten Vertrag mit Entschädigungen für die Betroffenen durchzusetzen. Dort, wo es keine Organisation und keinen Widerstand gibt, werden hingegen

die Staudämme weiterhin ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen gebaut.

Unsere Delegation besuchte eine entvölkerte Gemeinde am Rande des Stausees, welche ihre Infrastruktur nicht mehr aufrechterhalten kann, und ein Reassentamento, eine neue Siedelung vom Staudammabbau betroffener, vom MAB wiederangesiedelter Kleinbauernfamilien. Die Wiederansiedelung und Entschädigung der Bauern war bei diesem Projekt nur möglich dank Widerstand und Besetzungen.

Als soziale Bewegung kämpft das MAB nicht nur für Entschädigungen, sondern auch für neue soziale und ökologische ländliche Produktionsformen. Und es ist stolz auf seine demokratischen Strukturen: Seine Grundlage sind Basisorganisationen von 5-10 Bauernfamilien.



sondern auf dem Boden der Gleichberechtigung auch Differenzen zu akzeptieren.

Ein wichtiger Unterschied der „Antiglobalisierungsbewegung“ zu den Bewegungen der sechziger Jahre liegt darin, dass sie nicht nur im lokalen und nationalen Rahmen operiert, sondern sich konsequent in-

ternational vernetzt. Die grosse Chance gegenüber den Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre ist das Zusammengehen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, d.h. von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen.

Hans Schöppi

Patentschutz schützt die Profite der Multis

Im sog. TRIPS-Abkommen wird u.a. festgehalten, Patentschutz bezwecke die raschere Verbreitung von Wissen und Technologie. Mindestens für die Länder des Südens ist dies reine Theorie: 97% der Patente befinden sich in den Händen der Multinationalen Konzerne. Der Patentschutz monopolisiert Erfindungen und Technologie bei den Multis, begrenzt die Konkurrenz und verteuert damit Waren und Dienstleistungen. Besonders gravierende Auswirkungen hat der Patentschutz im Gesundheitsbereich: Täglich sterben in der 3. Welt Zehntausende von Menschen, die Hälfte davon Kinder, weil sie sich durchaus vorhandene Medikamente nicht leisten können. Deshalb müssen Massnahmen zur Senkung der Medikamentenpreise in den Länder des Südens durch die fortschrittlichen Bewegungen bei uns unterstützt werden, insbesondere eine Segmentierung der Preise und der Aufbau von lokalen Produktionsstätten für Generika.

Doch bald „Ende Feuer“ beim Allschwiler Weiher?

später Erfolg?

Die lärmgeplagte Bevölkerung rund um den Schiessplatz Allschwiler Weiher kann wieder hoffen. Das Baselbieter Verwaltungsgericht hat entschieden, dass die Sanierungsfrist nicht verlängert wird. Damit bleibt auch die Schliessungsverfügung per 1. September 2002 bestehen, falls bis dann kein gesetzeskonformes Sanierungsprojekt vorliegt.

Es war absehbar, dass das Sanierungsprojekt der Schiessanlage Allschwiler Weiher nach der nur knappen Annahme in der Stadt auch in Baselland auf Widerstand stossen würde. Die 300m lange und 16m hohe Lärmschutzwand ist ein unzumutbarer Landschaftsfrevel. Wir haben immer verlangt, dass wegen der unglaublichen Dimension dieser Wand eine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist.

Gegen das Baugesuch sind diverse Einsprachen eingereicht worden. Zumindest einzelne dieser Einsprachen dürften bis ans Bundesgericht weiter gezogen werden. Es ist daher mehr als fraglich, ob bis zum 1. September ein ausführungsfähiges Projekt vorliegt. Wenn nicht, müsste die Baselbieter Regierung eigentlich die Schliessung der Anlage verfügen – falls nicht doch noch politisch etwas gemauschelt wird.

Der Druck auf den Regierungsrat, für die Basler Schützen eine andere Lösung zu finden, steigt. In Bezug auf die Durchführung der obligatorischen Schiesspflicht droht ein Notstand. Das soll uns aber nicht weiter kümmern. Wir waren schon immer der Ansicht, dass die obligatorische Schiesspflicht ein alter Zopf ist und abgeschafft gehört.

Martin Flückiger

Werde Mitglied

Als Neumitglied bist du bei BastA! jederzeit herzlich willkommen. Auch wenn du nicht viel Zeit für Sitzungen und andere Aktivitäten hast, ist deine Mitgliedschaft uns Zeichen dafür, dass unsere politische Arbeit unterstützt und geschätzt wird. Und noch etwas: Eine Mitgliedschaft bei BastA! ist gar nicht so teuer. Der Mindestbeitrag für Personen mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat. Ansonsten bestimmt jedes Mitglied selber, welcher Betrag ihm angemessen erscheint. Als unverbindliche Richtlinie gilt 1% des Nettoeinkommens. Warum also nicht einfach den unten stehenden Talon ausfüllen und per Post oder per Fax an die angegebene Adresse schicken? Uns würd's freuen.

☐ Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

☐ Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

☐ Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

☐ Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten. Unkostenbeitrag Fr. 4.-)

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

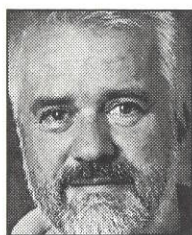
Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Zwei-Klassengesellschaft in der Basler Lohnpolitik

So nicht!

Die Angestellten des Kantons Basel-Stadt erhielten zu Beginn des Jahres 2002 erstmals seit Jahren wieder eine minimale Realloohnerhöhung von 0,5 %. Diese Anpassung hat das Personal redlich verdient. Die angestellten Frauen und Männer in vom Kanton subventionierten Betrieben gingen jedoch leer aus. Nicht einmal die Teuerung wird voll ausgeglichen. Wenn diese Betriebe nicht noch Reserven haben oder durch Spenden und Sponsoring zusätzliches Geld aufbringen, können sie mit den Löhnen in kantonalen Betrieben auf Dauer nicht mithalten.



Im Vorfeld der Grossratsdebatte machten verschiedene Leserbriefe auf diese Missstände aufmerksam. Einrichtungen wie beispielsweise Spitex oder Kinderkrippen werden vom Kanton

ja gerade deshalb subventioniert, weil sie wichtige Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens wahrnehmen. Es ist daher nicht einsichtig, weshalb diese Institutionen nun vom Kanton derart stiefmütterlich behandelt werden. Ausgerechnet Betriebe, in denen ohnehin schon viel ehrenamtliche Arbeit von Vereinsvorständen geleistet wird, müssen jetzt noch mehr Energie für die Geldsuche aufwenden, nur damit ihre Angestellten nicht davon laufen, weil anderswo bessere Löhne bezahlt werden.

Wie willkürlich die Lohnanpassungen gewährt wurden, zeigt das Beispiel Stadtmarketing und Basel Tourismus. Die Angestellten des Stadtmarketings bekommen die Lohnerhöhung, Basel Tourismus erhält das nötige Geld nicht. Das kommt mir fast

ein wenig vor wie im Lotto.

Auch die Uni – seit einigen Jahren in die "Unabhängigkeit" entlassen – ist Opfer dieser Lohnungleichheit. Zum Glück wehrt sich dort das Personal zusammen mit dem VPOD und weiteren Personalverbänden. Hier ist die Lobby auch auf bürgerlicher Seite gross genug. Man will den Frieden. Der Uni gehe es ja sowieso schlecht, und schwupps werden noch Fr 7.5 Mio. nachgefordert.

Ungereimtheiten finden sich auch im sozialpädagogischen Bereich. Der Kanton führt eigene Heime in der Tagesbetreuung und im stationären Bereich. Die Angestellten dieser Institutionen bekommen nach kantonomer Regelung den Teuerungsausgleich und eine minimale Realloohnerhöhung. Ähnliche Einrichtungen des Basler Frauenvereins, die Bläsikrippen etc. gehen hingegen leer aus.

So kann man mit sozialen Einrichtungen nicht umspringen, will man nicht die Qualität der Dienstleistungen gefährden. Vielleicht sollte nicht nur das Unipersonal für seine Anliegen auf die Strasse gehen....

Urs Müller

Veranstaltungen

Montag, 15. April 2002

Öffentliche Plattform zum Thema
Islamisches Familienrecht -
Grundlagen der Zusammenarbeit
Vortrag von Andrea Büchler

• 18.15 – 20.00 Uhr, FHS-BB
(Thiersteinallee 57)

Montag, 22. April 2002

Reichtum in der Schweiz
Öffentlicher Apéro
Ueli Mäder und Elisa Streuli stellen ihr
neues Buch vor

• 12.05 – 13.00 Uhr, FHS-BB
(Thiersteinallee 57)

Impressum: Nr. 1/März 2002. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgeasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31. E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Martin Brunner, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel